



Restitutionsverhandlung – Quo vadis?

Die I.K.G. wurde bei den Restitutionsverhandlungen an den Rand gedrängt, Präsident Muzicant startete deshalb dieser Tage eine neue Offen-

sive, aber aus den Reihen des Kultusvorstandes wird Kritik an der Vorgangsweise des Präsidenten laut. Eine Bestandsaufnahme:

Ein Pokerspiel

Die USA und die Republik Österreich verhandeln derzeit eine Rahmenvereinbarung zur Restitutions- und Arisierungsproblematik. Dabei geht es um die bekannten US\$ 150 Millionen (ca. öS 2,4 Milliarden), welche die österreichische Bundesregierung als Entschädigung aufzubringen bereit ist.

Diese Summe soll zur Gänze österreichischen Holocaust-Überlebenden zugute kommen und zwar als pauschale Entschädigung für arisierte Hauptmietwohnungen und Mietverträge von Kleinunternehmen, Hausrat und persönliche Wertgegenstände. Das würde für jeden Überlebenden eine Summe von ca. US\$ 7.000,- bzw. S 100.000,- ergeben, die vom Nationalfonds ausgezahlt würde.

Was geschieht jedoch mit jenen Fällen von Vermögensrückgabe, die unter fragwürdigen Bedingungen nach 1945 abgehandelt wurden, oder überhaupt unberücksichtigt blieben? Wird ehemals jüdischer Besitz, der sich in den Händen der Republik befindet, jetzt zurückgegeben? Welche Lösung gibt es für die dubiosen Geschäfte des Dorotheums in dieser Zeit, welche für die Lebensversicherungen usw. und wieso sol-

len die Nachkommen der Opfer in all diesen Punkten keinen Anspruch haben?

Dementsprechend verfehlt die von der österreichischen Regierung angebotene Pauschalentschädigung von S 2,4 Milliarden, die – ohne Abzug – an die Opfer ausbezahlt wären, bei weitem die Erwartung der amerikanisch-jüdischen Organisationen, der Anwälte und auch der I.K.G.. Schließlich ist es daher genau die Höhe der letztlich, von Österreich zu zahlenden Summe, um die es in den derzeit laufenden Verhandlungen geht.

Die Position der I.K.G., deren Ausgabenpolitik der letzten Jahren von der Erwartung geprägt war, im Zuge der Restitutionsverhandlungen zu Geld zu kommen, hat sich jedoch in diesem Pokerspiel denkbar schlecht entwickelt. Waren es am Anfang die I.K.G. und Präsident Muzicant, die im Zentrum des Geschehens standen, die Verhandlungen mit der Bundesregierung führten, die Einrichtung der Historikerkommission durchsetzten, wird die I.K.G. heute nicht einmal mehr als selbstständiger Verhandlungspartner anerkannt.

Ist Kritik immer gut und wichtig?

Diese Frage mußte sich unsere Redaktion, angesichts einiger beleidigter und verärgelter Kommentare zu unserer Zeitung immer wieder stellen. Ist Kritik an Präsident Muzicant und der I.K.G. – in Zeiten wie diesen wirklich gut und wichtig und ist es mit unserer Gemeinde denn tatsächlich so schlecht bestellt, wie es im NU geschildert ist?

Erstens:

Gerade in einer Zeit, wo wir uns mit Politikern konfrontiert sehen, die nach Fakten und Argumenten suchen, die sie gegen die Kultusgemeinde verwenden können, müssen wir handeln. Beschäftigten wir uns nicht selbst mit dem Aufzeigen von Mißständen, deren Aufarbeitung und Beseitigung, machen es die anderen, Journalisten und/oder Politiker. Aber zu einem Zeitpunkt und in einem Zusammenhang ihrer Wahl und nicht unserer. Das hielten wir für wesentlich unangenehmer und gefährlicher, als vermeintliche Nachteile und Risiken einer Aufdeckung und offenen Diskussion in unserer Zeitung.

Zweitens:

Wir sind der Meinung, daß die "derzeitige Situation" in Österreich, von der immer wieder gesprochen wird, gar nicht wirklich so einzigartig ist. Die "äußere Bedrohung", der politische Kampf, ist nicht anders als in der Waldheim-Zeit und davor wieder mit Abständen von einigen wenigen Jahren in ähnlich bedrohlichen Zeiten, wie der Phase der SPÖ/FPÖ Regierung, davor wieder der Stimmung während des Libanon-Krieges und wieder davor der Ära Kreisky usw. und daher:

Drittens:

Viel größerer Schaden würde uns drohen, wenn wir uns wirklich dazu verleiten ließen, mit dem Hinweis auf äußere Feinde, grundlegende demokratische und moralische Standards zu vernachlässigen. Uns hinter einer Führerfigur zu versammeln, deren Agieren, so falsch es auch erscheinen möge, zu dulden und Kritik zu unterdrücken.

Die Redaktion

"Wir haben uns die Initiative aus der Hand nehmen lassen. Während die I.K.G. in der österreichischen Öffentlichkeit ein Trommelfeuer losgelassen hat, haben sich alle anderen in Position gebracht und begonnen sich in aller Ruhe abzusprechen", klagte Dr. Robert Liska in der letzten Sitzung des Kultusvorstandes. Liska hatte gemeinsam mit dem früheren Präsidenten Grosz die Verhandlungen bezüglich des Mauerbach-Fonds geführt und dabei ganz auf die Karte diskreter Verhandlungen hinter den Kulissen gesetzt.

Präsident Muzicant widersprach und erklärte, ihm sei angesichts der neuen Bundesregierung keine andere Wahl geblieben als auf den Tisch zu klopfen. Dies habe aber nichts gefruchtet, die I.K.G. stehe im Abseits. Jetzt "wird die I.K.G. jedoch aus der Deckung raus gehen", kündigte Muzicant in derselben Sitzung an. Er habe, mit dem vom Kultusvorstand bereits genehmigten ersten Rahmenbetrag von öS 5 Millionen, renommierte Anwälte in den USA und Österreich mit der Führung der Verhandlungen für die I.K.G. beauftragt.

In der Zwischenzeit haben aber auch immer mehr Mitglieder unserer Gemeinde ein ungutes Gefühl zum Thema Restitution. Alle Kraft der I.K.G. konzentriert sich auf die Präsenz in der Öffentlichkeit und den Medien sowie auf die Verhandlungen und die dabei jeweils zu erobernden oder zu verlierenden Positionen.

Die ursprünglichen Ziele: Das Erreichen einer Tateinsicht in Österreich und das Gefühl einer Genugtuung für die Opfer liegt jetzt noch ferner als am Anfang der Diskussion. Eine finanzielle Sanierung der I.K.G. über die Restitution jedoch ebenso.

Die geschädigten Täter

Paul Grosz im Gespräch mit Helene Maimann

Österreich und die Restitution

Die Restitutionsfrage ist jetzt endlich eine öffentliche Debatte geworden. In welchem Klima findet diese Debatte statt, was denken die Leute darüber?

Seit 1945 war Österreich eifrig bemüht, sich von den Nazigreueln zu distanzieren, um auf Seiten der Demokratien akzeptiert zu werden. Die Republik kam bald zu dem Schluss, dass es billiger ist, sich von jeder Mitverantwortung oder gar Mitschuld von dem, was 1938 begonnen hatte und zum Teil bis heute wirksam ist, reinzuwaschen und sich gegenseitig Persilscheine auszustellen.

Das war der Grundkonsens der Republik. Wenn einer unangenehme Fragen stellte, ist das für die Österreicher unverständlich gewesen: Was wollen die von uns? Die typische Reaktion auf den Vorwurf von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus lautet: "In Deutschland brennen sogar die Asylantenheime, und bei uns spielen die Ausländer in der 1. Liga mit!" In diesem Klima, fürchte ich, spielt sich auch die Restitutionsdebatte ab. Was wollen die schon wieder von uns?

Könnte man sagen: Die Rückgabe des Geraubten war nach 1945 das einzige, was die grosse Mehrheit der Österreicher an der Shoah wirklich aufgeregt hat?

Ja, und dazu kann man noch sagen: Sie haben erfolgreich dargestellt, dass man beides zu gleicher Zeit sein kann: Opfer und Täter. Helmut Zilk hat einmal von den "geschädigten Tätern" gesprochen. Es gibt einen Konsens, die Grundbasis einer österreichi-

schen politischen Folklore: wir sind Opfer. Das mangelnde Vermögen, zu empfinden, dass man unrecht getan hat, zieht sich wie ein roter Faden im Umgang mit der Forderung der Opfer nach Rückgabe. Deshalb sind sie empört, wenn sie was zurückgeben sollen, was geraubt worden ist.



Ein Schuldbewusstsein und eine Restitution, wie in Deutschland, hat es in Österreich nicht gegeben. Dort ist fast alles zurückgegeben worden, und hier fast nichts. Österreich hat keine Wiedergutmachung geleistet, und es gab kein Schuldeingeständnis – weder ein öffentliches, noch ein individuelles. Wiedergutmachung und sonstwelche Unannehmlichkeiten waren eine Sache, die sich die Deutschen mit den Juden ausmachen sollten.

Warum ist für eine Restitution das Schuldeinbekenntnis so wichtig?

Das sieht man am Beispiel Deutschland: Das Zurückgeben war nicht etwas, was vor allem den Opfern gutgetan hat, sondern den Tätern: Sie haben sich befreit. Und das fehlt in Österreich. Das ist im wesentlichen das, was ich das "Reinigen" nenne. Weil es das nicht gegeben hat, haben alle gutgemeinten Aktionen wie zum Beispiel der Nationalfonds nicht die Wirkung, die man sich erwartet hat. Und wenn jetzt – mehr als ein halbes Jahrhundert später – alle Opfer, von denen vielleicht 20- bis 25.000 noch leben, etwas bekommen können, das ist alles nichts, ein Mumpitz, wenn es nicht vorher ein mea culpa gibt.

R
E
S
T
I
T
U
T
I
O
N



Gewissen ist eine jüdische Erfindung...



Das ist die Voraussetzung einer Katharsis. Eines der wesentlichen Elemente der katholischen Kirche ist die Beichte, bei der die Schuld erlassen wird. Indem man die Schuld anerkennt, befreit man sich davon. Und genau das wird hier mit grosser Akribie von jeder "guten Tat" weggenommen, damit es eben zu keiner Reinigung kommt. Damit ist das Wiederholen programmiert. Österreich hat erfolgreich das Bewusstsein der Schuld übersprungen. Es geht darum, dass die Täter die Schuld einbekennen, nicht weil sie gezwungen sind oder weil sie glauben, gezwungen zu sein, sondern weil sie es wollen. Das ist hier nicht geschehen. Und damit ist für mich die Gewissheit da, dass es wiederkommen kann. Davon bin ich überzeugt.

Schuldbewusstsein ist die Voraussetzung von Gewissen?

Gewissen ist eine jüdische Erfindung - das hat schon der Goebbels gesagt.

Es ist die Voraussetzung, um zu Frieden zu kommen. Dabei wäre es für Österreich so leicht gewesen, zu Frieden zu kommen. Österreich hat sehr viele Jahre davon gelebt, seine Geschichte aus dem Blickwinkel des Leopold Figl am Balkon zu sehen: "Österreich ist frei!" Die Österreicher waren nicht frei, aber sie haben das nicht gesehen. Nicht, solange sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit gezeigt haben, dass sie keine Verantwortung übernehmen für das, was passiert ist. Auch jetzt nicht. Über Restitution wird verhandelt, weil einfach der Druck der Amerikaner zu gross geworden ist, um die Sache noch weiter auf die lange Bank zu schieben.

Interview:

Wenn man von der Frage der Restitution absieht – wie würden Sie das Verhältnis zwischen Österreich und den Juden nach 1945 kennzeichnen?

Als Verhältnis, das von den Österreichern her in einem hohen Ausmass von Gleichgültigkeit geprägt war. Von den Antisemiten wurden die Juden akzeptiert wie ein Ausschlag. Den anderen waren wir mehr oder weniger egal. Was an jüdischen Institutionen gefördert wurde – die jüdischen Schulen, das jüdische Museum, das Elternheim – das kam alles erst in den letzten zehn, fünfzehn Jahren.

Dabei lag das Versäumnis auch bei den Juden: Sie haben versäumt, Forderungen zu stellen. Sie haben kein Zeichen verlangt, dass Österreich eine jüdische Gemeinde haben will. Die jüdische Gemeinde hat nach 1945 eine Schattenexistenz geführt. Aus der Emigration sind nur wenige hundert zurückgekommen, vereinzelt nur aus den KZs. Die anderen kamen aus Osteuropa, hatten irgendwie überlebt. Und die mentale, die psychische Verfassung der Leute war sehr schlecht. Eine der wesentlichen Maximen der jüdischen Ethik und Religion ist die Frage nach Schuld. Wenn Gott es zulässt, dass diese Ver-

nichtung passiert, wo ist da unsere Schuld? Manche Juden fragten: Wo war Gott? Oder: Wo war unsere Schuld?

Welche Auswirkungen hatte das auf die Identität der Juden?

Es gab Anpöbeleien, Alltagsantisemitismus – und die Juden haben sich nicht gewehrt dagegen. Ein grosser Teil der Leute, die hierhergekommen sind, saßen jahrelang auf ihren Koffern, weil sie gedacht haben, sie werden weiterziehen, und sind dann hängengeblieben. Auch ihre Kinder. Man ist hierhergekommen, um zu gehen. Das ist aber nicht so einfach gewesen. Und viele haben es zu etwas gebracht, und Österreich hat davon profitiert, dass sie hier geblieben sind.

Aber viele haben nie das Gefühl gehabt, dass sie hier als Juden willkommen sind. Das alles hat dazu beigetragen, dass es sehr lange dauerte, bis sich hier eine stabile Gemeinde entwickeln konnte. Und erst seit Waldheim gibt es so etwas wie ein kollektives Selbstbewusstsein. Kurt Waldheim hat den österreichischen Juden als Gruppe zu ihrer Identität verholfen. Individuell konnten sich schon vorher viele als österreichische Juden fühlen, aber als Gruppe erst nach Waldheim.



RESTITUTION

Offener Brief:

**An den Bundespräsidenten
der Republik Österreich
Dr. Thomas Klestil
Ballhausplatz
1010 Wien**

Wien, 10. Oktober 2000

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Sie haben in den Jahren Ihrer Präsidentschaft immer wieder Gruppen von Juden bei sich empfangen, die als junge Menschen aus Österreich vertrieben wurden, und anderswo eine neue Heimat gefunden haben. Die Republik hat damit dank Ihrer (und wohl auch Dr. Leon Zelmans) Initiative eine Geste gesetzt, die versuchen wollte, Opfern der Nazizeit ein Stück Ehre zurückzugeben, sich bei Ihnen zu entschuldigen. Österreichische Tageszeitungen haben über diesen Akt der Versöhnung auch stets berichtet und die Freude der alten Menschen über die späte Würdigung widerspiegelt. Für diese Aktion möchte ich Ihnen meinen Respekt ausdrücken.

Ich möchte Sie mit meinem Brief aber noch auf eine zweite, kleine Gruppe von Opfern aufmerksam machen. Sie gehören der selben Altersgruppe wie die von Ihnen Empfangenen an, sind ebenfalls vertrieben worden, haben ihre Familien und Freunde verloren, sind gedemütigt und seelisch verletzt worden. Nach dem Krieg sind sie aus der Emigration in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie haben auch noch 1945 daran geglaubt, dass es ein friedliches Zusammenleben aller Österreicher geben kann, ja dass sie selbst weiterhin Teil dieses Österreichs sein können. Sie haben ihre Landsleute als Verführte angesehen, als Opfer wirtschaftlicher Not, nicht als notorische Täter. Diese Menschen sind zurückgekommen und haben am Wiederaufbau Österreichs mitgearbeitet, obwohl sie vorher nichts zerstört haben. Sie haben an die Demokratiefähigkeit des Landes geglaubt und ihren Beitrag zur demokratischen Entwicklung geleistet.

Diese heute alten Menschen sind noch niemals von einem Repräsentanten des Staates empfangen worden. Die meisten von ihnen leben zufrieden in Österreich und lieben das Land. Eine Geste der Ehre, Dank dafür, dass sie dem Land ihr Vertrauen und Ihre Kraft geschenkt haben, wurden ihnen jedoch nicht zuteil.

Der Umgang des offiziellen Österreich mit den im Lande lebenden Juden hat einen wesentlichen Aspekt, den ich Ihnen zur Erwägung vorlegen möchte. Wenn sich das Land glaubhaft und nachhaltig vom Antisemitismus befreien will, braucht es Juden, die hier zu Hause sind. Nur an der Form des Zusammenlebens mit ihnen lässt sich ermesen, wie weit dieser Teil der demokratischen Entwicklung tatsächlich gediehen ist.

Viele der Menschen, die nach der Vertreibung wieder hierher zurückgekommen sind, darunter auch meine Eltern, haben keine Entschädigung für ihr verlorenes Hab und Gut verlangt. Für ihre Verluste gibt es ohnehin keinen ökonomischen Gegenwert. Was sie aber wohl freuen würde, wäre eine Geste des Dankes und der Anerkennung durch den höchsten Repräsentanten ihres Staates. Es gelte, einen symbolischen Akt zu setzen, der die Demütigung der Vergangenheit von ihren Schultern nimmt.

Ich möchte Ihnen daher vorschlagen, auch die in Österreich lebenden Opfer des NS-Regimes in kleinen Gruppen zu einer Kaffeejaufe einzuladen, um sich bei ihnen für die Arbeit zugunsten des Landes zu bedanken. Ich meine damit alle Opfer, nicht nur die jüdischen. Ihre Adressen sollten über die Datei des "Nationalfonds" einfach zu eruieren sein.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Peter Menasse

Restitution war niemals nur eine Frage des Geldes

Von Anfang an stand der Versuch im Vordergrund, mit finanziellen Gesten einen Akt der historischen Aufarbeitung

und Versöhnung zu setzen – eine Art außergerichtlicher Tatausgleich.



Bei der deutschen Wiedergutmachung nach 1945 über die Schaffung des österreichischen Nationalfonds nach dem Bedenkjahr 1988 bis zur Entscheidung der Schweiz, angesichts massiven internationalen Drucks Milliarden Schweizer Franken für NS-Opfer und andere politisch Verfolgte zur Verfügung zu stellen, war beiden Seiten immer bewußt, dass das begangene Unrecht durch Geld nie aufgewogen werden kann.

tete, abzubauen.

Bis vor kurzem war die Restitutionsdebatte in Österreich ein solch positiver Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung. Der Nationalfonds war ein entscheidender Schritt zur der Umsetzung der nach der Waldheim-Wahl von Franz Vranitzky und anderen eingeleiteten Neubewertung der NS-Vergangenheit; die ausbezahlten 80.000 Schilling haben Tausende 1938 Geflüchteten ihrer alten Hei-

Unrecht ist durch Geld nicht aufzuwiegen...

Aber durch die Zahlung sollte die große Kluft, die durch das Verbrechen entstanden ist, überbrückt werden, würden Opfer und deren Angehörigen ein Gefühl der Wiedergutmachung erhalten, während die Nachkommen der Täter die Geste nutzen können, ein wenig der großen moralischen Last, die auf ihnen las-

mat wieder etwas näher gebracht. Mit dem NS-Zwangsarbeiterfonds, zu dem die österreichische Wirtschaft entscheidend beizutragen hat, wurde die materielle Ausbeutung des NS-Regimes und die daraus entstandenen Vorteile für ganze Branchen bewußt gemacht und zumindest teilweise abgerechnet.

RESTITUTION

kein Happy End...

Doch dieser Zugang zur Restitution hatte immer eine Schwachstelle: Eine für beide Seiten befriedigende Endabrechnung von Schuld und Sühne ist nicht möglich; wird sie angestrebt, bricht der ganze moralische Zweck des Unternehmens zusammen.

Diese Gefahr ist in der dritten Phase der Entschädigungsverhandlungen, die gerade begonnen hat, besonders akut. Hier geht es um die 1938 und danach geraubten Vermögenswerte, die nach heutigem Wert Dutzende Milliarden Schilling ausmachen. Die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten 150 Millionen Dollar oder 2,4 Milliarden Schilling sind hier keinesfalls genug und können bestenfalls dazu dienen, Tausenden Wiener Familien bewußt zu machen, dass sie in ehemals jüdischen Wohnungen leben.

Doch eine signifikante Steigerung dieses Betrages ist selbst bei der besten Verhandlungsführung durch die Israelitische Kultusgemeinde und die beteiligten US-Anwälte nicht zu erwarten. Keine Bundesregierung kann es sich leisten, in Zeiten der Sparpakete große Summen für einen solchen abstrakten Zweck aufzuwenden, und das juristisch-politische Pulver von Ed Fagan & Co. wurde zum Großteil schon in der Zwangsarbeiterentschädigung verschossen.

Viele 1938 geraubten Werte lassen sich heute nicht mehr bewerten: Die Geschäfte, die zur Freude der Konkurrenz geschlossen wurden, die

Fabriken, die es heute in dieser Form nicht mehr gibt. Selbst die nicht ausbezahlten Versicherungspolizzen lassen sich rein rechnerisch nicht fair bewerten. Die Wirtschaft, die kaum ihre drei Milliarden Schilling für den Zwangsarbeiterfonds zusammenzukratzen schafft, ist zu praktisch keinen weiteren Zahlungen bereit.

Am leichtesten funktioniert die Restitution bei der Kunst: Hier ist der Restitutionsprozess am weitesten fortgeschritten, doch entsteht hier eine weitere Verzerrung: Die Shoah scheint zu einem großen Bilderraub verniedlicht zu werden.

Am Ende des jetzigen Verhandlungsprozesses droht uns ein Szenario, in dem das offizielle Österreich mehr zahlt, als es die große Mehrheit für gerechtfertigt hält, und die Nachkommen der Opfer die Entschädigung noch immer nicht für ausreichend betrachten. Der außergerichtliche Tauschgleich wäre dann gescheitert, die Versöhnung mit Hilfe von Restitution missglückt.

Das bedeutet nicht, dass wir auf eine Verfolgung rechtlicher und finanzieller Ansprüche verzichten soll ---- auch dies würde zu keiner befriedigenden Lösung führen. Es gibt keine Alternative zu weiteren Verhandlungen. Doch beide Seiten werden sich damit abfinden müssen, dass es auch sechs Jahrzehnte nach der Shoah kein Happy End geben kann.

Eric Frey

Dramatische Finanzsituation der I.K.G.

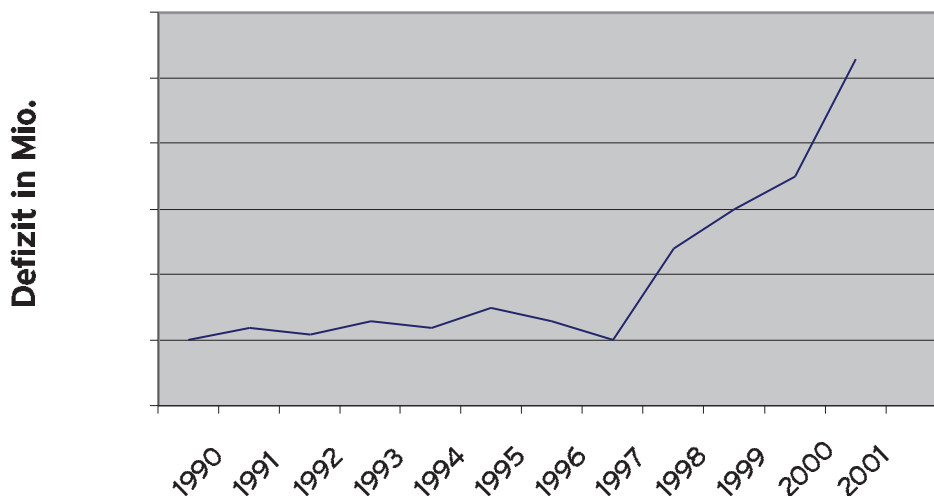
Die Budgets der I.K.G. für 2001 und 2002 liegen auf dem Tisch. Schon die Budgets der Jahre seit 1998 waren kein Musterbeispiel für Budgetdisziplin und professionelle Finanzplanung. Beschließt der Kultusvorstand jedoch die nunmehr

vorliegenden Budgetentwürfe, gerät die Kultusgemeinde kurz- bis mittelfristig in ziemliche Finanzprobleme, mit allen damit verbundenen kaufmännischen, aber (vor allem) auch politischen Implikationen.

Rasant steigende Defizite

Hatte die I.K.G. in den Jahren 1990 bis 1997 jährliche Defizite in der Höhe von 10 bis 15 Millionen zu verzeichnen, änderte sich die Situation seit 1998, dem Jahr in dem der neue Kultusvorstand und der neue Präsident gewählt wurde, sehr dramatisch: Schon 1998 sprang das Defizit auf 24 Millionen, im Jahr 1999 auf 30 Millionen und für 2000 wird bereits ein Abgang von 35 Millionen erwartet.

Waren diese Zahlen schon Grund genug für Besorgnis (siehe auch die Berichte in den bisherigen Ausgaben von NU), so sind die Budgetzahlen für 2001 und 2002 beängstigend: Bei Annahme der vorliegenden Budgetentwürfe, würde das Defizit im Jahr 2001 auf 53 Millionen steigen. (siehe Diagramm)



"Wie ist das nur möglich?", ist die am meisten gestellte Frage...

"Wie ist das nur möglich?", ist die am meisten gestellte Frage und: "Der Dr. Muzicant ist doch ein erfolgreicher Kaufmann - wie gibt's das?" Die letztere Frage ist schwer zu beantworten, folgende Fakten stehen jedoch fest:

1. Fehlende Strategie und Überblick

Weder Muzicant noch sein Vizepräsident Oskar Deutsch, noch die Vorsitzende der Finanzkommission Renate Erbst, konnten in der Budgetdebatte die einfachsten, aber zugleich wichtigsten, die grundlegende Finanzstrategie betreffende Fragen beantworten wie z. B.:

- Die Schulden der I.K.G. betragen derzeit ca. S 630 Millionen; das Vermögen der I.K.G. wird auf S 1,6 Milliarden geschätzt. Sind das Ausmaß unserer Schulden, bzw. ist dieser Verschuldungsgrad von rund 40% vertretbar oder nicht?
- Das Gesamtbudget der I.K.G. (Ausgaben) für 2001 beträgt ca. S 165 Millionen; dem stehen Einnahmen von S 112 Millionen gegenüber. Dies ergibt also ein Defizit von S 53 Millionen. Ist ein solcher Abgang vertretbar oder nicht?
- Das gesamte aktive Vermögen der I.K.G. besteht aus Immobilien. Wurde schon je überhaupt eine andere Anlagestrategie überlegt?

- Das Immobilienvermögen der I.K.G. soll im Jahr 2001 einen Ertrag von netto 3% abwerfen. Ist diese Rendite zufriedenstellend? Ist sie marktkonform? Oder nicht?

2. Dramatischer Anstieg der Ausgaben

Seit der Neuwahl des Präsidenten und des Kultusvorstandes (im Jahre 1998) sind einige Ausgabenpositionen dramatisch angestiegen.

- Die Ausgaben für Löhne und Gehälter in der I.K.G. insgesamt, sind zwischen 1998 und 2001 um 35% gestiegen.
- Die Subventionen an die bucharchische Vereinigung (Hauptkoalitionspartner von Muzicant/ATID) sind zwischen 1998 und 2001 um sage und schreibe 61% gestiegen.
- Das Defizit der Zeitung "Gemeinde" stieg zwischen 1998 und 2001 um 25%.
- Die Sicherheitsausgaben stiegen im Zeitraum 1998 bis 2001 um 91%.
- Ins Auge sticht auch der, ebenfalls massiv gestiegene, aber marktbedingte Zinsaufwand. Damit war jedoch zu rechnen und stehen diesem Anstieg auch - wie geplant - entsprechende Steigerungen bei den Mieteinnahmen gegenüber.

...notwendige Hinzuziehung außenstehender Fachleute wurde bisher unterlassen.

Insgesamt sind die Ausgaben der I.K.G. im Zeitraum 1998 bis 2001 um 34%, bzw. in Zahlen um 41,5 Millionen gestiegen.

3. Mangelnde Nutzung der Ressourcen

Präsident Muzicant und dessen Koalitionäre (Bucharische Liste, Bund und Misrachi) verzichteten seit 1998 völlig auf die Mitarbeit und Unterstützung der anderen Kultusvorsteher, bzw. hinderten diese sogar daran. Währenddessen liegt die Führung der Finanzkommission in den Händen von Renate Erbst (Bund), die dieser Aufgabe bisher nicht gewachsen ist.

Die dringend notwendige Hinzuziehung außenstehender Fachleute (Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Anlageberater) wurde bisher unterlassen.

Perspektive

Die Finanzsituation der I.K.G. droht sich noch weiter zu verschärfen. Diese Tatsache haben jetzt einige Personen, von in- und außerhalb des Kultusvorstandes, zum Anlaß genommen sich zusammenzufinden, um Wege zu einer Sanierung der I.K.G. zu finden. NU wird darüber berichten.



I.K.G. INTERN

Kontrollkommission der IKG

Wir haben in den bisherigen Ausgaben von NU über uns fragwürdig, undurchsichtig und unvereinbar erscheinende Geschäfte der Schlösserfirma MUL-T-LOCK mit der I.K.G. berichtet.

Die neu gewählte Kontrollkommission der I.K.G. (Amos Davidovits, Nechemja Gang, Alexander Mandelbaum, Eteri Onelli, Robert Wilder) hat nunmehr diese Geschäfte geprüft und dem Kultusvor-

stand am 7. November 2000 einen Bericht vorgelegt.

Im folgenden drucken wir diesen "Prüfungsbericht" in Faksimile ab. Der Kultusvorstand hat die Kontrollkommission aufgefordert bis zur Dezember-Sitzung die Schlußfolgerungen zu ziehen und einen allfälligen Schaden für die I.K.G. festzustellen. Dies werden wir sodann ebenfalls veröffentlichen.

KONTROLLKOMMISSION der IKG

Prüfungsbericht „MUL-T-LOCK“

Wien, im Oktober 2000

Am 10.7.2000 wurden im Beauftrag der Kontrollkommission Robert Wilder und Amos Davidovits mit der Überprüfung der Causa MUL-T-LOCK beauftragt. Zwei Anwälte, der wir Herrn Dr. Aron Muzesal zur Verfügung gestellten Unterlagen sowie der Geschäftsmitte Herrn Mag. Kasperjak, Herrn Gerssow, Herrn Betsch, Herrn Yasupov, Herrn Fuchs sowie Frau Adler ergaben folgende Fakten:

1. Teil: Zentralschließanlagen für diverse Gebäude der IKG

Im Zeitraum April 1999 bis Jänner 2000 wurden 27 Objekte mit neuen Schließanlagen versehen. Dabei wurden insgesamt 371.413,- ATS + MWST bezahlt.

Ein Bescheid des Kultusvorstandes bzw. der Technischen Kommission sagt nicht vor, es handelt sich um eine Entscheidung des obersten Leiters der GV.

Eine Ausrechnung dieses großen Betrags wurde nicht durchgeführt. Als Vergleichsmaßnahme wurden Preise aus anderen Objekten herangezogen.

Der damalige Leiter der Gebäudeverwaltung (GV) hat an die Firma MUL-T-LOCK einen mündlichen Rahmenvertrag für die Lieferung der Schließanlagen an allen Häusern der IKG vergeben. Ein schriftlicher Vertrag konnte nicht vorgelegt werden, was der Kassa in Anbetracht dieser Auftrag-Güternlieferung unethisch erscheint.

Am Jänner 1999 wurden die Zylinderpreise von 200,- auf 315,- erhöht, die Schlüssel von 60,- auf 55,-. Eine entsprechende Rahmenvereinbarung über ein neues Preismodell konnte nicht vorgelegt werden, die GV hat jedoch eine Reduzierung der Preiserhöhung bei Zylindern von 18% auf 5% vorgelegt.

Der Präsident der IKG hat der GV ein allgemeines Limit von 25.000,- ATS für Auftragsvorgaben zum eigenen KV-Beschau vorgegeben. Bei 12 der o.a. 27 Objekte wurde diese Preisgrenze überschritten, ohne den KV oder die TK um Genehmigung anzufordern.

2. Teil: Jahresausschreibung im Juli 1999

Diese Jahresausschreibung hatte den Zweck, eine sichere Marktübersicht zu erhalten, nachdem die Immobilienkommission eine automatische Vergabe der Aufträge an MUL-T-LOCK untersagt hatte.

Die Jahresausschreibung wurde jedoch ohne Angabe von Gesamtschätz-Mengen durchgeführt. Eine Preisgarantie wurde daher auf diese Weise nicht erzielt. Außerdem zeigte sich heraus, daß ein früherer Anbieter, der über einen längeren Zeitraum keine Aufträge mehr bekommen hatte, nicht mehr anbieten wollte.

Die Firma MÜLLER-LOCK hat ihre Angebotspreise im Jahr 1998 gegenüber Januar 1999 von 440,- auf 980,- (+225%), also um 125,4% erhöht. Die Begründung dafür war der Abschluss des Rahmenvertrages bezüglich der IKG-Fässer durch Herrn Max. Kasperak, wodurch sich MÜLLER-LOCK an die unbeständigen Preisveränderungen nicht mehr gebunden fühlte.

3. Teil: Schließanlage für das Anstalts-Unterstellengeschke 4 und Desider Friedmannplatz 1

Der Bedarf, die alte Schließanlage zu ersetzen wurde von der OA beschlossen und ergab sich aus dem Folien abgegriffen Schließplan bzw. aus mehreren Einbauten in Anstaltsplan.

Das Projekt für eine neue Schließanlage wurde durch die Organisationsabteilung ohne Mitwirkung der GV gestartet, indem sie 04.01. von MÜLLER-LOCK eingeholt wurde. Die Offerte für die Projektmenge von 80 Zylinder mit jeweils 3 Schlüssel und folgendes:

MÜLLER-LOCK	8.7.1998	540,-
SASSER	23.7.1998	554,-

Da SASSER hat nicht angenommen, ein anderes 3. Offer wurde nicht eingeholt.

Am 7.1.2000 hat MÜLLER-LOCK nach Erweiterung der Projektmenge um 190% auf 232 Schlüssel einen Preis von 550,- angeboten.

Die GV hat trotz des reineschönen Projektumfangs von 142.788,- ATS (+405%) die Aufgabe am 15.1.2000 ohne mögliche Ausschreibung und ohne mögliche Preis-Nachverhandlung an MÜLLER-LOCK vergeben.

Die Begründung: Die Organisationsabteilung hätte bereits einige Monate vorher mehrere Angebote im Außenbereich selbstständig ausgeschrieben können, wodurch die GV keine Verhandlungsalternative mehr hätte. Die Organisationsabteilung antwortete: Der Vorstand und beauftragte Herrn Max. Kasperak auf Basis eines Beschlusses der Sicherheitskommission die Bestellungen durchzuführen.

Die Preise für Zylinder mit 3 Schlüsseln bei MÜLLER-LOCK wurden von Dezember 1999 bis Februar 2000 (15 Monate) von 450,- auf 556,- (+22,2%) die Projektmenge von 500,- auf 680,- (+38%) angegeben.

Die Preise lagen damit auffallend knapp unter den Preisen des Zweitbieters, MÜLLER-LOCK begründet dies mit der Anpassung an die marktüblichen Preise.

4. Herr Daniel Fuchs

Herr Daniel Fuchs war bis Anfang 1998 Mitarbeiter im Verkauf und später Mitarbeiter-Einkäufer der Firma MÜLLER-LOCK, außerdem war er Mitglied der IKG-Sicherheitskommission.

Nach übereinstimmenden Aussagen aller Befragten hat Herr Daniel Fuchs an keinem Gespräch, keine technischen oder kaufmännischen Verbindung zwischen MÜLLER-LOCK und einer IKG-Abteilung festgestellt oder eine solche beobachtet.

ANFRAGE AN RADIO ERIWAN

ein Dramolett in 11 Szenen

Prolog:

Für Dienstag, den 3. Oktober 2000 war eine Sitzung des Kultusvorstandes der I.K.G. mit dem Tagesordnungspunkt Budget 2001/2002 angesetzt. Kultusvorsteher die nicht in der Finanzkommission sitzen, haben bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Informationen oder Unterlagen über die Budgetentwürfe erhalten.

Aus diesem Grund sieht die Geschäftsordnung vor: "Referat und Antrag haben nebst den einschlägigen Akten nach Tunlichkeit wenigstens durch drei aufeinander folgende Tage vor der Plenarsitzung, im Sekretariat zur Einsicht für die Mitglieder des Kultusvorstandes aufzuliegen oder sind wenn möglich den Mitgliedern des Kultusvorstandes schriftlich zu übermitteln". (§23 Geschäftsordnung der I.K.G.)

1. Szene:

Am Montag 2. Oktober 2000 vormittags Anruf von KV Mag. M. Engelberg bei Dr. A. Hodik (Generalsekretär, früherer Amtsdirektor) ob die Budgetunterlagen vorlägen. Ist nicht der Fall.

2. Szene:

Daher sendet Engelberg eine e-mail an Hodik und Dr. A. Muzicant (Präsident) und ersucht um Bereitstellung folgender Unterlagen: Jahresabschluß bzw. Letztstand Budget 1999, Letzter aktueller Soll-Ist Vergleich für das Jahr 2000, Budgetentwürfe 2001/2002.

3. Szene:

Montag, 2. Oktober 2000 nachmittag: Tonbandnachricht bei Engelberg von Büro Hodik: Die Unterlagen lägen bereit.

4. Szene:

Dienstag, 3. Oktober 2000 vormittag: Engelberg begibt sich in das Sekretariat (früher Amtsdirektion) wo sich die gewünschten Unterlagen in der für die Vorbereitung der Kultusvorsteher vorgesehenen Mappe befinden. Allerdings wird Engelberg beschieden, er dürfe diese Unterlagen nur durchsehen, aber nicht, auch nicht Kopien davon, mitnehmen.

5. Szene:

Dienstag, 3. Oktober 2000 vormittag: Engelberg schickt eine e-mail an Hodik und Muzicant, daß es wohl nicht gehe den Kultusvorstehern die Aushändigung von Unterlagen zur Vorbereitung auf eine Sitzung des Kultusvorstandes zu verweigern und dies eine sinnvolle Arbeit im Kultusvorstand unmöglich mache.

6. Szene:

Dienstag, 3. Oktober 2000 mittag: Muzicant schickt Engelberg eine e-mail in der er mitteilt, daß er ganz seiner Meinung sei, auch er bisher noch keine Unterlagen erhalten habe und sich ebenfalls außerstande sähe am Abend über das Budget zu verhandeln, sofern diese nicht bis 16.00 Uhr vorlägen.

7. Szene:

Dienstag, 3. Oktober 2000 mittag: Tonbandnachricht bei Engelberg vom Sekretariat Muzicants: Engelberg könne wohl Kopien der Budgetentwürfe 2001/2002 erhalten nicht jedoch des Abschlusses 1999 und des aktuellen Soll-Ist Standes 2000.

8. Szene:

Dienstag, 3. Oktober 2000 nachmittag: Telefonat Engelberg mit Sekretariat Muzicant, daß die Mitteilungen einander widersprüchen: Muzicant stimmt Engelberg zu, dessen Sekretariat sagt dennoch: Engelberg kann nur Budgetentwürfe 2001/2002 haben. Sekretariat Muzicant weist nunmehr an Mag. Herzog (Controller der I.K.G.).

9. Szene:

Engelberg wird mit Herzog verbunden, welcher festhält er hätte die Anweisung Engelberg nur die Budgetentwürfe 2001/2002 auszuhändigen. Engelberg schickt Herzog die e-mail von Muzicant (in dem Muzicant ja bestätigt Engelbergs Meinung zu sein), damit Herzog Engelberg doch alle bezug habenden Unterlagen aushändigen könne.

10. Szene:

Dienstag, 3. Oktober 2000, 16.45 Uhr: Herzog ruft Engelberg an: Er habe nochmals rückgefragt - er dürfe Engelberg nur die Budgetentwürfe übergeben.

11. Szene:

Dienstag, 3. Oktober 2000, 17 Uhr: Herzog sendet Engelberg e-mail in dem er ihm, im Auftrag von Vizepräsident Oskar Deutsch und der Vorsitzenden der Kommission für Finanzen und Verwaltung Renate Erbst, mitteilt, daß lediglich die Budgetentwürfe 2001/2002 zum abholen bereitlägen. "Alle weiteren von Ihnen gewünschten Unterlagen sind nicht Gegenstand der heutigen Budgetdebatte und müssen deshalb auch nicht vor der Sitzung aufliegen".

Epilog:

Die am abend verteilten Budgetentwürfe enthalten sowieso auch den von Engelberg verlangten ihm aber nicht ausgefolgten Abschluß 1999 und Soll-Ist 2000.

IKG
G
I
N
T
E
R
N

Der überfällige "Führungswechsel" in der Gemeinde ist fällig

Die dieser Tage stattfindenden Beratungen über die Budgetvoranschläge unserer Gemeinde für die Jahre 2001 und 2002 machen die Misere der I.K.G. wieder deutlich: Den Verantwortlichen entgleitet zunehmend die Kontrolle über das Budget. Die jährlichen Defizite von 10 - 15



Millionen (bis 1998 - der letzten I.K.G. Wahl) sind auf nunmehr geplante rund 50 Millionen gestiegen. Dementsprechend würden die Schulden von derzeit etwa 630 Millionen weiter und zwar exponentiell, steigen und die I.K.G. endgültig zu einem Sanierungsfall machen.

Sanierungsfall I.K.G.

Wie ist das nur möglich, wird doch Präsident Muzicant als erfolgreicher Kaufmann angesehen und war seine Partei "Atid" bei den letzten Wahlen mit dem Anspruch angetreten, die I.K.G. erneuern zu wollen?

Die Wahrheit ist jedoch, dass mit dem Wechsel des Präsidenten nicht der damit sonst übliche "Führungswechsel" stattgefunden hat. Der Bruch der jahrzehntelangen Vorherrschaft des "Bundes" im Jahr 1981 ging z. B. nicht nur mit einem Wechsel der Präsidenten (Dr. Hacker löste HR Pick ab) sondern sehr grundlegenden und substantiellen Änderungen in unserer Gemeinde einher: Jüdische Kindergärten und Schulen wurden gegründet, das Gemeindezentrum gebaut, die orthodoxen Gruppen gleichgestellt und auch - mit tatkräftiger Unterstützung von Dr. Muzicant - mit einer stark intensivierten Immobilienbewirtschaftung und -verwertung begonnen.

Der Wechsel von HR Grosz zu Dr. Muzicant brachte wohl eine Veränderung im öffentlichen Auftreten des Vertreters der I.K.G.. Die Medienpräsenz des Präsidenten der jüdischen Gemeinde war noch nie so stark wie in den letzten zwei Jahren. Das öffentliche Einfordern von jüdischen Anliegen, das "Druckmachen", war ein neuer Stil. Inwieweit das unsere Position in Österreich verbessert hat ist noch nicht abzusehen, aber jedenfalls stieß diese, durch Muzicant geprägte, neue Handschrift der I.K.G. auch auf Zustimmung in unserer Gemeinde.

Allerdings hat sich in den Strukturen der I.K.G. nichts verändert: Die I.K.G. konzentriert sich weiterhin auf immer neue Immobilienprojekte statt auf die Bedürfnisse der Mitglieder. Viele Mitglieder beklagen sich zu recht, dass ihre Anliegen unberücksichtigt, oft überhaupt ungehört bleiben. Dass die I.K.G. in ihren Entscheidungen immer wieder die nöti-

ge Sensibilität, das richtige "G'spür" vermissen läßt und schließlich die Geschäftstätigkeit der I.K.G. weiterhin undurchsichtig und mit Fällen von Freunderlwirtschaft, Ineffizienz und Dilettantismus behaftet ist.

Dr. Muzicant ist – wie er selbst immer wieder unterstreicht – seit 30 Jahren in unserer Gemeinde aktiv, seit 20 Jahren im Kultusvorstand, bzw. Vizepräsident. Dass da die zündenden Ideen, das Gefühl für die Bedürfnisse der Gemeindemitglieder, der freie Blick für eine Neuorientierung unserer Gemeinde fehlt, darf eigentlich gar nicht verwundern.

So gibt es keine wirkliche Pflege des Kontaktes der Gemeindeführung zu ihren Mitgliedern, keinen Beitrag zur Schaffung eines Zusammengehörigkeitsgefühles außer durch ständig wiederkehrendes Einschwören gegen die äußeren Feinde. Die Kultur- und politische Arbeit ist weiterhin visions- und trostlos, eine eigene Jugendarbeit der I.K.G. existiert nicht und ist das koschere Restaurant nunmehr seit 3 Jahren geschlossen.

Die Mitglieder von Muzicants Team (wie z. B. Vizepräsident Oskar Deutsch, die Vorsitzende der Immobilienkommission Judith Adler, die Vorsitzende der Kulturkommission Eleonor Haber) bewegen sich ebenso seit vielen Jahren in diesem System. Den Neuzugängen (wie z. B. der Listenführerin des "Bundes" und Vorsitzende der Finanzkommission Renate Erbst oder dem "Misrachi"-Mandatar und Vorsitzenden der Jugendkommission Janki Grünberger) fehlten entweder von vornherein visionäre Ideen oder sie gingen im Trott der I.K.G. unter.

Die Erneuerer hatten also eher die Aura einer Partei wie der mexikanischen "P.R.I.", der Partei der institutionalisierten Revolution, die aber seit 60 Jahren an der Macht war.

Was wäre aber zu tun und wer wären die Personen? Die finanzielle Situation der I.K.G. bietet ein gutes Beispiel: Es gehörten sämtliche Ausga-

ben der I.K.G. genau hinterfragt: Wie viele Bethäuser, Rabbiner, Kantoren usw. kann sich unsere Gemeinde leisten, wie viele jüdische Schulen, wieviel Sicherheitsaufwand? Wie effizient ist die Verwaltung der I.K.G., ist uns die Zeitung "Gemeinde" so viel Geld wert, müssen wir unsere soziale Leistungen reduzieren?

Für dieses Projekt müßten alle Ressourcen unserer Gemeinde genutzt werden: Die Ideen und den Einsatz auch jener Kultusvorsteher auf deren Mitarbeit bisher weitgehend verzichtet wurde. Genauso wichtig wäre jedoch die Einbeziehung jener zahlreichen Persönlichkeiten unserer Gemeinde, die mit viel Wissen und Ideen zu den Veränderungen beitragen könnten, aber bislang abseits standen oder gehalten wurden. Darüber hinaus scheint eine umfassende Sanierung der I.K.G. ohne professionelle Unterstützung von außen, von Unternehmensberatern, Wirtschaftsprüfern usw. nicht möglich.

Was aber tun, angesichts der Tatsache, daß die Probleme der I.K.G. sehr drängend sind und die nächsten regulären Wahlen in der I.K.G. erst in zwei Jahren stattfinden?

In Gesprächen mit Mitarbeitern von NU und Menschen, die dieser Gruppe nahestehen, hat sich einerseits ein großes Potential an hervorragenden Ideen und Erneuerungsvorschlägen für unsere Gemeinde gezeigt doch auch eine Bereitschaft – unter entsprechenden Bedingungen – dies einzubringen.

Das hat uns ermutigt einer Initiative von Peter Teichner ("Atid") zur Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen, anhand ganz bestimmter Projekte (wie z. B. der Sanierung der prekären Finanzsituation) zuzustimmen, die diese überfällige Erneuerungsarbeit, jenseits der "Parteigrenzen" und zum Wohle unser aller Gemeinde, anzugehen versucht. Möge das Experiment gelingen.

Mag. Martin Engelberg

Das Gemeindeforummitglied Alexander Grünwald schrieb einen NU-kritischen Leserbrief an die Zeitung "Die Gemeinde", wo dieser sehr prominent auf Seite 2 und nicht, wie üblich, gemeinsam mit den anderen Leserbriefen am Ende des Blattes, veröffentlicht wurde. (Anm. d. Red.)

Oh, Alex,

Du schreibst in Deinem, in der Gemeinde vom November, auf Seite 2 veröffentlichten, Lesebrief, daß Du als kleiner Junge einen Traum hattest. Einen Traum, worin Kultusvorsteher ehrenamtlich und im Interesse der Kultusgemeinde für das Wohl der jüdischen Gemeinde Wiens (ohne ') sorgen. Allerdings werde dieser Traum durch geltungsbedürftige und machthungrige Leute - wie die vom NU - die diese Kultusvorsteher anschwärzten, gestört.

Oh Alex, ich habe meinen Traum noch immer. Ich habe den Traum, daß konstruktive Kritik an den Kultusräten - deren ehrenamtliches Engagement unbestritten ist - nicht abgewertet bzw. totgeschwiegen wird. Auch wenn man nicht mit der Leitung der IKG, die ich persönlich durchaus - wie ich übrigens auch Dich - schätze, nicht immer einer Meinung ist, muß man dennoch nicht beschimpft oder totgeschwiegen werden.

Es zeugt von Demokratie, oh Alex, sich mit abweichenden Meinungen konstruktiv auseinanderzusetzen. Findest Du ehrlich, daß diese konstruktive Auseinandersetzung durch Ausdrücke wie "machthungrig, geltungsbedürftig, Machtdrang, Egoismus, verleumdet und beschimpft" (alle Worte sind aus Deinem kurzen Leserbrief entnommen) gefördert wird?

Wunderst Du Dich nicht, daß Dein Leserbrief sofort auf Seite 2, meiner hingegen, worin ich mich über mangelnde Aktualität der "Gemeinde" beklagte, erst nach mehreren Monaten weit hinten veröffentlicht wurde?

Oh Alex, träumen wir gemeinsam von einer besseren IKG. Und beginnen wir die Verwirklichung dieses Traums mit einer besseren Sprache.

Mag. Michael Schnarch

Sehr geehrte Redaktion,

nach gründlicher Lektüre Ihrer September-Ausgabe erlaube ich mir, Ihnen meine Meinung hierzu mitzuteilen:

Ich empfinde Ihr Blatt als eine einzige Ansammlung von Gehässigkeiten und Anschuldigungen. Sieht man von der "Hoppala"-Titelgeschichte über den wirklich schlimmen Lapsus der "Gemeinde"-Redaktion ab - hier ist eigentlich kein Wort mehr hinzuzufügen - vermisste ich jegliche Kritik, die auch das Attribut "konstruktiv" verdienen würde.

Sie bringen viele Faksimiles aus anderen Publikationen. Jetzt bin ich

dran: Der Kalender der Allianz-Versicherung, der jede Woche mit einem anderen Kalenderspruch aufwartet, zeigt just diese Woche einen sinnigen Satz* von Gerhard Bronner. Wenn ich da an Bronners sogenannten Kommentar aus der vorangegangenen Nummer denke, frage ich mich, warum er sich nicht an seine eigenen Vorgaben hält. Oder wollte er gar nicht fair sein?

Mit freundlichen Grüßen,

Dkfm. Ronaldo Böhmer

* "Fairness ist die Kunst sich in den Haaren zu liegen, ohne die Frisur zu zerstören".

Gemeindeforum:

Ein milder Herbstabend in Wien. Sukkot war ein nachdenklich stimmendes Fest, viele Gemeindemitglieder kamen, um Israels Geschäftsträger Ilan Ben Dov zu hören.

Es ist sehr beunruhigend, wie Israel in dem Medien der Alpenrepublik weggelassen wird. Ben Dov gibt sympathischerweise seine Grenzen zu erkennen.

Viele beschwerten sich bei Ben Dov, der seit der Eiszeit der Beziehungen zwischen Österreich und Israel der oberste Diplomat der "Orangenrepublik" in Wien ist.

Als der Jewish Internet Scout eine 4-5

köpfige Task Force vorschlägt (angeblich hat die IKG eine mit Pressefragen befaste Person..) meldet sich eine Dame in der ersten Reihe wild kreischend mit den Worten: "Schreiben's das im Nu". Hiermit komme ich dem Begehren der Dame, deren Namen verkürzt eine Hülsefrucht bedeutet, nach.

Die Darstellung der IKG nach aussen, das gemeinsame Auftreten gegenum Teil wild agierenden tendenziösen Medien ist zu ernst, um es einer Dame zu überlassen, die Neonazitexte "irrtümlich" druckt oder ihrer wild gewordenen Claque.

S. Laster
Jewish Internet Scout

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Ihrer Ausgabe vom September 2000 äußern Sie sich sehr kritisch über die neue Kontrollkommission. Erlauben Sie uns daher einige Klarstellungen:

Die Kontrollkommission hat sich selbst auf eigene Initiative ein internes Statut gegeben, um trotz der in diesem Bezug unklaren IKG-Statuten ordentliche und seriöse Arbeit leisten zu können.

Die Mitglieder der neuen Kontrollkommission sind der Meinung, daß es "dem Geist der Geschäftsordnung" entspricht, Geschäftsfälle in der IKG seriös zu analysieren um Erkenntnisse zu gewinnen, die zur Verbesserung der IKG-internen Abläufe führen. Es ist nicht die Absicht der neuen Kontrollkommission, "parteiliche" Anklagen zu führen und Urteile zu fällen.

Dieses Statut wurde weder mit dem Präsidium der IKG besprochen noch wurde von diesem Einfluß genommen. Der Präsident der IKG kann es daher auch nicht "anordnen".

Die neue Kontrollkommission beabsichtigt nicht, heimlich im Verborgenen zu arbeiten, um plötzlich zuzuschlagen, sondern wird das Präsidium darüber informieren, daß sie eine bestimmte Prüfung beginnt - eine Einflußnahme durch

das Präsidium ist dabei ausgeschlossen. Auch in Bezug auf den Legitimationsbrief des Präsidenten ist Ihre Interpretation nicht zutreffend. Mit diesem Papier werden interne und externe Gesprächspartner gegenüber der Kontrollkommission von etwaigen Geheimhaltungspflichten entbunden und ermöglichen damit eine effiziente Arbeit der Kontrollkommission.

In der ersten Sitzung der Kontrollkommission wurde der Beschluß zur Prüfung der "Causa MUL-T-LOCK" gefaßt. Gleichzeitig hat Herr Daniel Fuchs auf eigene Initiative und im Konsenz mit den anderen Mitgliedern bis zum Abschluß dieser Prüfung auf die Teilnahme an allen Sitzungen der Kontrollkommission verzichtet.

Der Prüfungsbericht zur "Causa MUL-T-LOCK" wird bis Anfang Oktober 2000 vorliegen.

Für die Zukunft wünschen wir uns, daß Sie bei Fragen oder Anregungen das direkte Gespräch zumindest zu den "nicht der ATID nahestehenden Mitgliedern der Kontrollkommission" wählen, bevor Sie die Arbeit der Kontrollkommission pauschal in Frage stellen.

Amos Davidovits, für die Mitglieder der Kontrollkommission

LESERBRIEF

Die veruntreute Wahrheit

Die GEMEINDE wäre als offizielles Organ der IKG bei Berichten über IKG-Interna zu Objektivität verpflichtet. Tatsächlich wird sie zum Sprachrohr der stärksten IKG-Fraktion umfunktioniert und zu Angriffen auf unbequeme Kritiker mißbraucht. Dies entgegen dem Redaktionsstatut, das Stellungnahmen der Betroffenen vorsieht.

Ganz in diesem Sinne ist der tendenziöse Leserbrief auf Seite 2 der letzten GEMEINDE zu werten. Das Periodikum NU, Mag. Engelberg und Erwin Javor werden jetzt ähnlich bekämpft wie Jahre zuvor TIKKUN und mein Bruder Dr. Fritz Rubin-Bittmann. Er war ein Jahrzehnt lang Zielscheibe ungerechtfertigter Angriffe und Diffamierungen, da er es gewagt hatte, Mißstände im Altersheim und Fehlentwicklungen in der IKG aufzuzeigen. Daß seine Kritik voll zutraf, war bedeutungslos.

Die Meinungsdictatur in der IKG läßt nur Ansichten gelten, die ihr nutzen. Daher werden kritische Leserbriefe nicht veröffentlicht und divergierende Ansichten verschwiegen.

Über Jahre wurde die jüdische Öffentlichkeit in wichtige Fragen falsch informiert. Es sollte der Eindruck entstehen, dass in der IKG Wien ohnedies alles bestens sei und daß die politischen Ver-

antwortlichen ohne Eigennutz, rein aus Menschenliebe der Gemeinde dienen und ihr Bestes geben. Wer diese Hofberichterstattung anzweifelte, wurde scharf attackiert. Jede noch so berechtigte Kritik wurde als unwahr, üble Unterstellung und Verunglimpfung zurückgewiesen. Den Kritikern wurde fehlendes Verantwortungsgefühl, Geltungssucht und Machtstreben sowie Ignoranz unterstellt. Um sie mundtot zu machen, wurden sie bei österreichischen Gerichten geklagt.

Solange in der GEMEINDE-Zeitung Meinungsmanipulation betrieben wird, ist sie nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurde. Sie ist bloß Ausdruck politischer Unhygiene, ein Instrument des Machtmißbrauches und eine Verschwendung von Steuergeldern. Für die politischen Verantwortlichen in der GEMEINDE gilt jenes berühmte Wort von Abraham Lincoln: "Man kann einen die ganze Zeit und alle eine gewisse Zeit täuschen. Es ist aber unmöglich, alle für immer zu täuschen."

Dr. Ludwig Rubin-Bittmann



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:
Arbeitsgemeinschaft
jüdisches Forum
1011 Wien, Postfach 1479
Druck: Druckerei Schmitz
1200 Wien, Leystraße 43,
Zulassungsnr.: GZ 00Z000286U
P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien